

Es fehlen ausreichend Niederschläge. So geht an vielen Seen der Wasserspiegel zurück. Davon betroffen ist auch der Elensee bei Grünheide (Oder-Spree). Die Ufervegetation ist hier inzwischen an vielen Stellen entkoppelt vom Wasser. Stege stehen trocken.

Foto: Patrick Pleul/dpa

Scheitert der Neubau eines Gymnasiums in Schöneiche am Wasser? Was wird aus den neuen Wohnungen, die Petershagen-Eggendorf plant? Am östlichen Berliner Rand wird das Wasser knapp. Der Wasserverband Strausberg-Erkner kann kein Wasser mehr für neue Projekte zur Verfügung stellen.

Sind das nur extreme Beispiele – oder geht Brandenburg das Wasser aus? Das Umweltministerium hat eine Grundwasseranalyse vorgelegt. Sie wirft viele Fragen auf. Wie kann sich die niederschlagsarme Streusandbüchse in Zukunft sicher versorgen?

Brandenburg deckt seinen Trinkwasserbedarf überwiegend aus Grundwasser. Fast vier Milliarden Kubikmeter bilden sich pro Jahr neu. Davon sind schätzungsweise zwei Milliarden Kubikmeter nutzbar. Den Verbrauch gibt das Umweltministerium mit etwas über einer Milliarde Kubikmeter pro Jahr (2016) für Berlin und Brandenburg an.

Dabei wird in zehn Prozent des Landes die Ressource schon überstrapaziert – das trifft besonders das östliche und südliche Berliner Umland. Im Großteil Brandenburgs wird das verfügbare Volumen den Daten des Landes zufolge aber nicht einmal zur Hälfte ausgeschöpft.

Alles gut? Nein, denn da gibt es ja noch den Klimawandel. Das Umweltministerium geht davon aus, dass die gesamte Niederschlagsmenge im Jahr künftig etwa gleich bleibt, sich nur anders verteilt. Wie viel davon kommt in den Grundwasserspeichern an und füllt sie wieder auf? Die Verdunstung wird zunehmen, auch im Winter. „Im Vergleich zum derzeitigen natürlichen Grundwasserdargebot stellt sich eine erhebliche Reduzierung der verfügbaren Mengen an Grundwasser heraus“, schreibt das Ministerium in seiner „Wasserversorgungsplanung Brandenburg“.

Ist das ein Grund zur Sorge? Ein Szenario des Ministeriums bis 2060 zeigt – in etwa 15 Prozent des Landes soll es dann kritisch werden. Aber in mehr als 60 Prozent der Regionen soll immer noch höchstens die Hälfte des nutzbaren Wassers tatsächlich benötigt werden. Können wir also munter weiter Pools fluten, Äcker beregnen und Industriebetriebe versorgen? Ein Blick in die Daten zum Grundwasser und auf die Methoden, unter denen sie erhoben wurden, weckt Zweifel. Rechnet sich das Umweltministerium die Wasserbilanz zu schön? Wie verlässlich sind die Angaben?

Die Bilanz stützt sich vor allem auf die Messung sogenannter Grundwasserpegel. Sie zeigen an, wie sich Grundwasserstände verändern. Rund 2100 sol-



Wasserkunft schöngerechnet?

Versorgung Wie viel Grundwasser hat Brandenburg – heute und in den nächsten Jahrzehnten. Das Land hat eine Bilanz vorgelegt – aber wie realistisch sind die Zahlen? Experten melden Zweifel an. Von Ina Matthes

cher Messstellen gibt es im Land. Nicht alle funktionieren, beklagte der Wasserexperte des Nabu, Marten Lange-Siebenthaler in einer rbb-Diskussionsrunde am Mittwoch in Strausberg. „Wir haben große Blindflecken, wo keine Daten vorhanden sind.“ Das Ministerium räumt das in seinem Bericht für den Norden der Uckermark und den Westen der Prignitz selbst ein – dort gibt es solche weißen Flecken.

Wie viel Wasser aus dem Untergrund gefördert werden kann, hängt entscheidend davon ab, wie sich die Speicher immer wieder auffüllen. Das Ministerium hat diese Grundwasserneubildung berechnet. Das Verfahren, nach dem das ermittelt wurde, wirft bei Experten Fragen auf. Nicht jeder Regentropfen, der auf den Erdboden

fällt, schafft es bis ins Grundwasser. Mancher wird von Pflanzen aufgenommen. Anderen versperren tonig-schluffige Schichten im Oberboden den Weg in die Tiefe. Dieser Regen sucht sich dann rasch seinen Weg in ein Gewässer. Mancher Niederschlag fließt auch gleich an der Erdoberfläche weg. Die Experten des Ministeriums rechnen den Verlust mit einer Pauschale ein. Die Hydrogeologin Prof. Irina Engelhardt von der TU Berlin sieht das kritisch. Wie gut bildet die Kalkulation die Realität ab? Mit zunehmenden extremen Niederschlägen beispielsweise wird dieser Abfluss an der Oberfläche sicher zunehmen – weniger Wasser gelangt dann ins Grundwasser.

Hinzu kommt, dass für die Analyse des Umweltministeriums teils nur Daten bis 2015 verwendet werden – neuere Werte lagen dem Ministerium nicht vor. Zwar gab es auch nach der Jahrtausendwende einzelne trockene Jahre. Doch die zurückliegende mehrjährige Dürreperiode ab 2018 fällt aus der Betrachtung heraus. „Wenn wir in die Zukunft schauen wollen, aber nicht die aktuelle Vergangenheit im Blick haben – wie soll das gehen?“, wundert sich der Nabu-Wasserexperte Marten Lange-Siebenthaler.

Außerdem werden für die Berechnungen verfügbaren Wassers langjährige Mittelwerte verwendet. Nasse und trockene Jahre gleichen sich aus – die lange Dürre verschwindet im Durchschnitt. Gerade in Trockenzeiten steigt aber der Bedarf – müssten diese Phasen also nicht viel stärker ins Kalkül gezogen werden?

„Eine zu optimistische Einordnung der Situation“, kommentierte die Professorin für Hydrogeologie Irina Engelhardt auf der Veran-

staltung in Strausberg. Sie schlug auch vor, jenen Gebieten in Brandenburg besonderes Augenmerk zu schenken, wo die Probleme besonders groß sind.

Im Einzugsgebiet rund um Grünheide beispielsweise wächst der Wasserbedarf infolge der Tesla-Ansiedlung und von Zuzug besonders. Daten der TU Berlin zeigen für diese Region einen abnehmenden Trend beim Grundwasser um ungefähr zehn Prozent in 20 Jahren. 2006 etwa gab es in diesem Gebiet nur eine Grundwasserneubildung von 23 Millimeter im Jahr. Der Durchschnitt für Brandenburg liegt bei 82 Millimeter im Jahr.

Wer fördert eigentlich was?

Entscheidend für die Versorgung ist nicht nur das, was vom Himmel fällt und im Grundwasser ankommt. Wichtig ist auch, zu wissen, wer eigentlich wie viel Wasser fördert. Die öffentlichen Wasserversorger müssen das dokumentieren. Aber weiß Brandenburg genau, was Gewerbe, Landwirtschaft, Brunnenbesitzer abpumpen? André Bähler, Vorstandsvorsteher des Wasserverbandes Strausberg-Erkner, bezweifelt, dass etwa die Förderung der Landwirtschaft zuverlässig erfasst ist. Diese ist größtenteils befreit von Zahlungen für das Wasser, was eine Erfassung der Mengen nicht einfacher machen dürfte. „Die Grundwasserbilanzen des Umweltministeriums sehen wir als Trinkwasserversorger kritisch“, sagt Bähler. Wie die Daten erhoben wurden und welche Schlussfolgerungen daraus gezogen werden, sieht er eher von politischen als von sachlichen Motiven geleitet.

Das Land gibt in seiner Analyse größere Unsicherheiten bei den Wasserbilanzen in einigen Regionen an. Ein Grund sei: Vermut-

lich noch nicht vollständig erfasste Wasserrechte. Solche Rechte werden aber auf bis zu 30 Jahre hinaus vergeben – da wäre es gut zu wissen, wie sich die Speicher wieder auffüllen. Besonders, weil niemand genau sagen kann, was der Klimawandel bringt.

Umweltminister Axel Vogel will auf diese Unsicherheiten mit einem Klimawandelabschlag reagieren. Es soll weniger Grundwasser abgepumpt werden dürfen. Im Gespräch ist ein Minus von 20 Prozent. Für den Wasserverband Strausberg-Erkner, der schon jetzt seine Grenzen erreicht sieht, eine schlechte Nachricht. „Ich finde das komisch, weil bei uns der Bedarf steigt“, sagt Bähler. Er fordert, dass das Land als Gesetzgeber und Genehmigungsbehörde für Wasserförderung Prioritäten bei der Versorgung setzt – und nicht die Kommunen mit dem Verteilungskampf allein lässt. Klaren Vorrang müsse die Trinkwasserversorgung haben. Auch der Ruf nach einem Wasser-Management des Landes – gemeinsam mit Berlin – wird lauter.

Das Ministerium sieht die Grundwasseranalyse als „Startschuss“. Es ist die erste seit den 1990er-Jahren. Potsdam hat Verbesserungen angekündigt. Unter anderem sollen das Grundwasser-Messnetz ertüchtigt werden; Methoden zur Bilanzierung an Trockenzeiten angepasst werden.

Nabu-Wasserexperte Marten Lange-Siebenthaler fordert, Wasserverfügbarkeit von vornherein zu beachten, wenn regionale Entwicklung geplant wird. Für Anke Herrmann, Abteilungsleiterin im Umweltministerium, ist das eine Lehre aus der Tesla-Ansiedlung, wie sie in Strausberg sagte: „Wir müssen an das Ressourcenmanagement denken.“

Geringere Erträge erwartet

Ernährung Beim Erntestart in Dahme/Mark betont Bauernpräsident Rukwied die Abhängigkeit der Landwirte von Gas.

Dahme. Den Bauern steht in diesem Sommer eine unterdurchschnittliche Ernte bevor – mit regionalen Unterschieden. „In Summe ist es in vielen Teilen Deutschlands zu trocken. Das heißt letztendlich, dass wir im zweiten Jahr in Folge eine kleinere Ernte einfahren werden“, sagte der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Joachim Rukwied, am Freitag zum Erntestart im brandenburgischen Dahme/Mark. Sorgen macht den Bauern die Energiekrise wegen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine. Entscheidend für die zuverlässige Versorgung mit Lebensmitteln ist aus Sicht des DBV-Präsidenten verfügbares Gas.

Der Deutsche Bauernverband erwartet eine Getreideernte von rund 41,2 Millionen Tonnen. Damit liegen die Prognosen drei Prozent unter dem Vorjahresergebnis. Die Ernteerträge der Jahre 2015 bis 2020 lagen bei durchschnittlich 44,2 Millionen Tonnen. Laut Rukwied fallen auch in Europa und international wichtigen Anbaugebieten die Ernteerträge kleiner aus. Er erklärte, auch die massiven Einschränkungen der EU-Kommission würden zu einem deutlichen Rückgang der Ernteerträge führen.

Mit Blick auf die zweite Alarmstufe beim Gas betonte der Bauernpräsident: „Wir benötigen Gas für die Herstellung von Stickstoffdünger.“ Sollte dieser fehlen, würden die Ernteerträge deutlich einbrechen. Er forderte für den gesamten Lebensmittelbereich eine Priorisierung beim Gas. dpa

Pilotprojekte angedacht

Klima Landkreise im Nordwesten Brandenburgs setzen auf Wasserstoff.

Oranienburg/Neuruppin. Die Landkreise Oberhavel, Ostprignitz-Ruppin und Prignitz wollen den Aufbau einer regionalen Wasserstoffwirtschaft unterstützen. Während es in der Region ein großes Potenzial für die Erzeugung von sogenanntem grünen Wasserstoff gebe, sei die Zahl der möglichen Anwender noch überschaubar. Das ist das Ergebnis einer Studie im Auftrag der drei Landkreise. Die Autoren der Studie vom Reiner Lemoine Institut für erneuerbare Energien in Berlin schlagen drei Pilotprojekte vor: Rund um das Autobahndreieck Wittstock/Dosse sollen Unternehmen auf klimaneutralen grünen Wasserstoff umgestellt werden. Es sollen H₂-Hubs für ländliche Mobilität geschaffen werden, und es soll die Speicherung von überschüssigem Strom ermöglicht werden. dpa

ANZEIGE

Familien aufgepasst!

Ihre Meinung ist gefragt!

Jetzt mitmachen & gewinnen



Machen Sie mit bei der großen Umfrage zum Thema „Familienzufriedenheit in Brandenburg“ vom 1.6. bis 10.7.2022 und gewinnen Sie mit etwas Glück einen Ostsee-Familienurlaub mit 7 Übernachtungen und weitere tolle Familienpreise.

Hier scannen und mitmachen!
moz.de/familienkompass



Märkische Oderzeitung

MÄRKISCHES MEDIENHAUS

